ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Ist die Pressefreiheit bedroht? Eine Diskussion zwischen Journalisten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Ist die Pressefreiheit bedroht? Eine Diskussion zwischen Journalisten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 10, pp. 545-548

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131964

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

Ist die Pressefreiheit bedroht?

Eine Diskussion zwischen Journalisten

Pressefreiheit – ein politischer, kein moralischer Begriff!

Pressefreiheit ist ein politischer, kein moralischer Begriff. Er ist nur insoweit ein moralischer Begriff, wie man bereit und geneigt ist, den Begriff der Demokratie überhaupt als moralischen Wertbegriff anzuerkennen. Formen des politischen Lebens soll man aber nach Möglichkeit nicht mit absoluten Prinzipien identifizieren; das bekommt in der Regel beiden nicht gut: nicht der Politik und nicht der Moral.

Erkennt man aber die Pressefreiheit in erster Linie als politischen Begriff an, dann muß man auch ihre Abhängigkeit von den Gesetzen der Politik erkennen und anerkennen. D. h. dann muß man erkennen und anerkennen, daß es den absoluten Begriff der Pressefreiheit gar nicht gibt. Genau so wenig wie der Begriff Politik für sich allein existiert, losgelöst von den herandrängenden subalternen Interessen, die sich des übergeordneten Begriffs zu bemächtigen suchen, genau so wenig gewinnt der Begriff Pressefreiheit wirkliches Leben in jenem luftleeren Raum, den die gesetzlichen Bestimmungen um ihn geschaffen haben. Er ist täglich den Attacken des Lebens ausgesetzt, muß täglich neu erobert und gesichert, in seinem Wesen neu erkannt und in seinen Forderungen neu erprobt werden, muß täglich im Widerstreit der Interessen und der Weltanschauungen seinen Platz und seine Geltung sich von neuem schaffen.

Das war immer so und wird immer so sein, gleichgültig, welche politische Sonne das Leben wärmt oder versengt. Trotzdem gibt es Wandlungen und Nuancierungen. Diese Wandlungen und Nuancierungen sind nicht in der Frage der prinzipiellen Anerkennung der Pressefreiheit zu finden. Hier sind die Prinzipien, soweit sie ihre gesetzliche Formung gefunden haben, sogar verblüffend ähnlich, ja gleich geblieben. Die politische und die soziologische Wandlung, die seit dem Erlaß des ersten Pressegesetzes von 1874 in Staat und Volk eingetreten ist, hat in der gesetzlichen Behandlung der Frage der Pressefreiheit einen erstaunlich geringen Ausdruck gefunden. Aber wohl haben diese Wandlungen eine innere Umwandlung des Begriffs, eine Aushöhlung seiner rechtlichen Formen und seiner öffentlichen Geltung mit sich gebracht.

Der stärkste Einbruch und die stärkste Gefährdung des Begriffs der Pressefreiheit sind hier auf dem wirtschaftlichen Sektor eingetreten. Frei kann — gleichgültig, welche gesetzlichen Sicherungen ihm diese Freiheit garantieren — in Wirklichkeit nur der sein, der in Freiheit leben kann. Und das ist heute bei einem Großteil der deutschen Zeitungen schon strittig geworden. Die Zeiten sind vorbei, da „Zeitungsmachen ein gutes Geschäft" war und mir ein Verleger, sich sorgenvoll am Kopfe kraulend, gestand, daß es ein schlechtes Geschäftsjahr gewesen sei, weil er nur eine Million verdient habe. Das Mißverhältnis in der Steigerung der Gestehungskosten und in der Steigerung der Abonnements- und Inseratenpreise hat für viele Zeitungen die Rentabilitätsbasis zerstört. In sehr vielen Fällen, auch bei großen Zeitungen, ist die Lage so, daß die Zeitungen innerbetriebliche Zuschußunternehmungen geworden sind, die von anderen Verlagsobjekten mitgetragen werden. In fast allen Fällen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die Zeitungen sehr strengen Kalkulationsnotwendigkeiten unterworfen, die den Kunden der Zeitung, d. h. den Leser und den Inserenten, heute zu einem weit wichtigeren Faktor machen als früher. Weit mehr als in den Zeiten, da die Zeitungen aus dem Vollen wirtschaften konnten, sind sie heute gezwungen, dem Kunden „aufs Maul zu schauen". Der Kunde weiß das, oder er spürt es aus dem gesteigerten Rivalitätskampf der Zeitungen heraus: und er nützt die Situation aus. Er nützt sie aus, ohne den bösen Willen, ja ohne das Bewußtsein, hier gegen ein Postulat zu verstoßen, das nicht nur moralisch im Grundsatz sicherlich auch von ihm anerkannt, sondern auch gesetzlich vor der Öffentlichkeit gesichert ist. Der abstrakte Begriff der „Pressefreiheit" liegt ihm zu weit, als daß er in der Vertretung seiner wirklichen oder vermeintlichen konkreten Interessen sich daran stoßen könnte. Er läßt sein Verhältnis zur Zeitung eben nicht von politischen oder gar moralischen, sondern nur von geschäftlichen Interessen bestimmen: in dieser Ordnung der Dinge fühlt er sich zunehmend in der Übermacht.

So kommt es, daß sich die Fälle in letzter Zeit so bedenklich häufen, in denen auf dem Umweg über Inseratenvergebung Einfluß auf die redaktionelle Haltung der Presse zu nehmen versucht wird, und zwar sowohl auf die Haltung der Zeitungen in großen grundsätzlichen Fragen, wie die freilich unendlich zahl-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch" veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziösen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

reicheren Fälle, in denen versucht wird, die kostenpflichtige Inseratenwerbung durch eine wirksamere zusätzliche redaktionelle Werbung zu ergänzen. Jede Redaktion kennt diesen zermürbenden Kampf, und manche hat sich damit abgefunden, diesen Kampf auf verlorenem Posten zu kämpfen.

Es wäre aber falsch, in diesen Attacken eines robusten Geschäftsegoismus die eigentliche Gefahr für die Pressefreiheit zu sehen. Sie liegt nicht einmal in der Organisierung der verschiedenen Interessentengruppen unseres gesellschaftlichen und weltanschaulichen Lebens, die sehr rasch erkannt haben, welche Möglichkeiten ihnen hier der geschlossene Einsatz ihrer Gruppen zur Durchsetzung bestimmter gruppenegoistischer Ziele gibt. Die Briefe, deren ominöser Schlußsatz lautet: „Wenn Sie glauben, unseren Wünschen nicht entsprechen zu können, sehen wir uns gezwungen, unsere Mitglieder zur Abbestellung Ihrer Zeitung zu veranlassen", kennt jeder Redakteur, die Angstkomplexe des Verlages, die dahinter auftauchen, manchmal auch.

Die Hauptgefahr droht von der Seite, von der sie am wenigsten kommen dürfte: von den Institutionen der Demokratie, den staatlichen und gemeindlichen Behörden. Es bedeutet einen weitaus gefährlicheren Einbruch in das Prinzip der Pressefreiheit als alle materiellen Beeinflussungsversuche, wenn von staatlichen und von städtischen Institutionen die Informationspflicht, der man untersteht, nach dem Maße ausgelegt und erfüllt wird, in dem die Zeitungen sich den Intentionen oder auch dem persönlichen Ehrgeiz der betreffenden Behörden und ihrer Leiter zugänglich zeigen. Wenn, wie es vorgekommen ist, eine städtische Behörde einer Verlagsdruckerei Aufträge entzieht, weil ihr die Kritik der in diesem Verlag erscheinenden Zeitung an den Leistungen der städtischen Bühne nicht gefällt, dann ist hier das Prinzip der Pressefreiheit bis in die letzte Konsequenz verleugnet. Nicht immer geht man freilich so offene Wege. Und das grundsätzliche Übel liegt hier wohl auch tiefer: es ist der mangelnde Sinn für die Würde der Presse und ihrer Aufgabe, der bei manchen und nicht immer nur untergeordneten Institutionen der öffentlichen Verwaltung zu erkennen ist. Das spürt die Öffentlichkeit.

Was gegen diese Erscheinungen und Entwicklungen zu tun ist? Auf dem Wege der Gesetzgebung läßt sich nicht allzu viel machen — obwohl auch hier zu wünschen ist, daß eklatante Verstöße gegen das Prinzip und das Recht der Pressefreiheit so geahndet werden, daß davon wirklich eine abschreckende und nicht ermunternde Wirkung ausgeht. Aber im wesentlichen kann das Übel nur durch eine Selbstreinigung und eine Selbsterziehung bekämpft werden. Den Interessenten, die glauben, ihren politischen Meinungs- oder wirtschaftlichen Konkurrenzkampf heute auf Kosten der Pressefreiheit austragen zu können, muß von ihren verantwortlichen Organisationen selbst klar gemacht werden, daß sie hier gegen ihre eigenen Interessen handeln: denn in Wirklichkeit wird damit nur dem Kampf aller gegen alle die Tür geöffnet. Staat und Gemeindeverwaltungen haben in Disziplin und Selbstzucht weit stärker als bisher mit gutem Beispiel voranzugehen. Und schließlich wird vor allem die Presse selbst die Schutzwälle um die Pressefreiheit, d. h. um die geistige Grundlage ihrer Existenz viel höher ziehen müssen: das Solidaritätsbekenntnis zu dieser Grundlage muß viel stärker und eindeutiger werden. Man muß sich klar sein, daß, wenn man selbst die Schleusen aufzieht, die zerstörenden Wasser eindringen. Alle aber müssen wieder mehr Sinn dafür bekommen, was die Pressefreiheit wirklich bedeutet: das Lebenselixier der Demokratie, das mit Disziplin, Verantwortung und Würde gehütet werden muß, wenn nicht die Demokratie selbst sterben soll. (A. W.)

Zwang auf die Presse wirkt sich nachteilig aus!

Soweit die Presse sich durch wirtschaftliche Druckmittel beeinflussen läßt, hat sie selbst Schuld. Es gibt leider einzelne Unternehmer und auch vereinzelte, schlecht beratene Geschäftsführer und Syndici wirtschaftlicher Organisationen, die glauben, auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitungen Einfluß nehmen zu können, weil sie größere Anzeigenaufträge zu vergeben haben oder bei der Vergebung der Aufträge mitwirken. Es soll auch Verleger geben, die sich bereit finden, solchen Einflüssen nachzugeben; wie es bedauerlicherweise auch einzelne Journalisten geben mag, die auf Anweisung ihrer Verleger den redaktionellen Inhalt der Blätter nach den Wünschen der Auftraggeber für Anzeigen ausrichten.

Alle Beteiligten haben für ihr Verhalten Entschuldigungsgründe. Manche der Anzeigenvergeber sind, dank eines unerschütterlichen Selbstbewußtseins, der Auffassung, daß die von ihnen vertretene wirtschaftspolitische Auffassung die allein richtige sei und deshalb auch von der Zeitung, mit der sie zusammenarbeiten wollen, unbedingt vertreten werden müssen, oder sie halten ihr eigenes Unternehmen für so überragend, daß es auch im redaktionellen Teil der Zeitung entsprechend herausgestellt werden müsse. Oder sie fühlen sich dadurch entschuldigt, daß andere Unternehmen und Organisationen gleichfalls auf die Presse einwirken wollen.

Verleger machen bei der Nachgiebigkeit gegenüber Interessenten geltend, daß sie durch wirtschaftliche Notwendigkeiten hierzu gezwungen seien. Die Abonnementspreise für Zeitungen sind nicht in dem gleichen Umfange gestiegen wie die Kosten der Zeitungsverlage. Das wirkt sich natürlich nachteilig für das gesamte Pressewesen aus und trägt auch dazu bei, daß die Leser keine so leistungsfähigen Zeitungen erhalten können, wie es möglich wäre, wenn die entsprechenden Preise gezahlt würden. Die Verleger sind gegenwärtig in höherem Grade als früher von dem Anzeigengeschäft abhängig. Das verleitet den einen oder anderen, den Wünschen der Interessenten stärker entgegenzukommen, als es bei einer klaren Scheidung zwischen den redaktionellen und den rein geschäftlichen Aufgaben eines Zeitungsunternehmens zulässig ist. Wirtschaftliche Notlage verleitet auch Journalisten manch-

mal zu Handlungen, die mit dem Ehrenkodex ihres Berufes unvereinbar sind.

Es ist aber festzustellen, daß mit der Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der westdeutschen Wirtschaft und mit der wachsenden Gesundung des Pressewesens die Versuche zur Einflußnahme auf die Redaktionen durch wirtschaftliche Zwangsmittel erheblich nachlassen. Einsichtige Verleger haben sich stets jeder Einflußnahme auf ihre Redaktionen durch Interessenten widersetzt, wie auch gute Redaktionen jeden derartigen Versuch abgewehrt haben. In der Wirtschaft wächst auch die Erkenntnis, daß es eine sehr ungeschickte Pressepolitik ist, mit Verlockungen oder Drohungen Einfluß nehmen zu wollen. Die Leser sind nicht so unerfahren, daß sie es nicht merken, wenn der Inhalt einer Zeitung durch Interessenten bestimmt ist. Wenn sie fühlen, daß eine wirtschaftspolitische Auffassung von der Redaktion nicht aus echter Überzeugung vertreten wird, dann wirken sich solche Artikel nicht für, sondern gegen diese Auffassung aus. Ebenso hat es für eine Firma oder Wirtschaftsorganisation keine günstige Wirkung, wenn sie über Gebühr im redaktionellen Teil herausgestellt wird, da die Leser doch die versteckte, unechte Reklame spüren.

Je eingehender sich die Wirtschaft mit Pressefragen beschäftigt, desto mehr steigt die Einsicht, daß es falsch ist, mit Zwang auf die Presse einwirken zu wollen, und daß jeder, der es versucht, auf die Dauer nur nachteilige Folgen zu spüren bekommt. (P-n)

Der latente Druck ist am gefährlichsten!

Es ist eine Eigenart der sogenannten landläufigen Binsenwahrheiten, daß sie nicht ganz wahr sind. So steht es auch mit dem Schlagwort, daß die Presse eine Macht sei. Die Presse ist zwar ein machtpolitisches Instrument par excellence wie auch die übrigen „publizistischen Führungsmittel", in die man sie vor noch nicht allzu langer Zeit einzureihen beliebte. Wäre sie aber eine Macht schlechthin, so könnte sie sich dem politischen und wirtschaftlichen Druck, der laufend auf sie ausgeübt wird, leichter widersetzen, und es gäbe kein Problem der Pressefreiheit. Natürlich keine Regel ohne Ausnahme: Es können sich auch Pressekonzerne bilden, die tatsächlich eine Macht ausüben. Die Frage ist nur, ob derartige Konzerne ihre Machtstellung der publizistischen Aufgabe der Presse verdanken oder ihrer Kapitalkraft, die sich der Presse als machtpolitisches Instrument bedient und ihrerseits wieder die eigentliche Aufgabe der Presse zugunsten ihrer wirtschaftlichen Interessen inhibiert.

Es ist ziemlich einleuchtend, daß diejenigen, die wirtschaftliche oder politische Macht besitzen oder wirtschaftliche oder politische Macht erstreben, versuchen, sich dieses machtpolitische Instrument gefügig zu machen. Und da die einzelnen Presseveröffentlichungen — wenigstens in demokratischen Staaten — Erzeugnisse wirtschaftlicher Unternehmen sind, die auf eine betriebliche Erfolgsrechnung angewiesen sind, sind sie dem wirtschaftlichen oder politischen Druck um so mehr ausgesetzt, je stärker ihre wirtschaftliche Anfälligkeit ist. Die außerordentlich hohe Kapitalausstattung, die Presseunternehmungen in der modernen Wirtschaft benötigen, machen bei der oft recht labilen Rendite die Presse gegenüber einem auf sie ausgeübten Druck heute anfälliger als früher. Es hat keinen Sinn abzuleugnen, daß die „Kunden" der Presse (nämlich informationsgebende Institutionen und Behörden, Inseratengeber und schließlich auch die Leser) immer wieder bestrebt sind, mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen oder politischen Macht einen Einfluß auf die Pressegestaltung auszuüben. Der Druck, mit dem die Einflußnahme versucht wird, kann unmittelbar, mittelbar oder latent sein. Und ich darf es vorausnehmen, daß ich den latenten Druck für den gefährlichsten halte.

Wir sprechen davon, daß die Presse eine öffentliche Aufgabe habe. Die öffentliche Aufgabe besteht darin, daß durch eine „objektive" Nachrichtenübermittlung die Beurteilung von Geschehnissen und Vorgängen und damit die öffentliche Meinungsbildung ermöglicht wird. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß durch subjektive Ausdeutung und Kommentierung der Geschehnisse und Vorgänge eine geistige Auseinandersetzung der Meinungen vorangetragen wird. Wie ich durch die Anführungsstriche andeuten wollte, ist allerdings auch die objektive Information relativ. Und zwar durchaus im besten Sinne. Die Wertung und Sichtung des unübersehbaren Nachrichtenmaterials ist Aufgabe eines kleinen Kreises verantwortlicher Journalisten, die ihrerseits wieder eine eigene Konzeption und eigene Beurteilungsmaßstäbe haben. Aber darin liegt keine Gefahr, da die Vielfältigkeit der Presseerzeugnisse in ihrer Gesamtheit aus der Vielfalt der subjektiven Maßstäbe wiederum ein objektives Bild entstehen läßt. Die Gefahr einer einseitigen Beeinflussung liegt auch nicht in der subjektiven Ausdeutung und Kommentierung der Geschehnisse und Vorgänge, soweit sie als solche erkenntlich sind, denn die Presse, die als Meinungspresse tätig ist, ist entweder durch parteipolitische oder

VEREINSBANK IN HAMBURG
AUSSENHANDELSBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20—30, TELEFON 34 10 15
20 GESCHÄFTSBETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN, KIEL

weltanschauliche Bindungen gekennzeichnet, oder sie hat durch die Persönlichkeit ihrer verantwortlichen Leiter ein scharf profiliertes Gesicht, das keine hinterhältigen Beeinflussungsabsichten zuläßt.

In der Struktur der Gegenwartspresse liegt die Gefahr einer hinterhältigen Beeinflussung der Leser darin, daß im Gewande einer objektiven Berichterstattung unter wirtschaftlichem oder politischem Druck Informationen ausgelassen werden oder ungebührlich herausgestellt werden und daß Informationen mit Kommentierung vermischt werden. Hier setzt der Druck ein, den wir als eine Gefährdung der Pressefreiheit bezeichnen können, und er erfaßt in der Breite der Leser gesehen einen recht erheblichen Anteil der Presseveröffentlichungen.

Die Zumutungen, die an einen verantwortlichen Schriftleiter gestellt werden, sind recht mannigfaltig: sie reichen von dem Wunsch, parallel mit der Vergebung einer Anzeige einen Public Relations-Artikel des betreffenden Unternehmens im redaktionellen Teil zu veröffentlichen, über die Zurückziehung von Anzeigen bei Veröffentlichungen unliebsamer Meinungen und die Ungnade städtischer oder staatlicher Stellen bei nicht genügender Beachtung der Regionalinteressen, bis zum offenen Kampf wirtschaftlicher oder politischer Institutionen gegen ein bestimmtes Presseorgan, um es „gefügig" zu machen. Es wird immer wieder geschehen, daß das eine oder andere Presseorgan, zumal wenn es wirtschaftlich gefährdet ist, diesem Druck unterliegt. Es hat aber immer gegeben und wird Gott sei Dank immer geben eine Gruppe verantwortlicher Journalisten, die diesen Kampf auf sich nehmen. Dabei stehen ihnen keine großen legalen Abwehrmittel zur Verfügung. Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, daß eine Klage wegen Pressenötigung außerordentlich schwer durchzuführen ist und die daraus zu erwartenden indirekten und nicht mehr faßbaren Nachteile größer sind als der moralische Erfolg, wenn wider Erwarten ein obsiegendes Urteil erreicht werden sollte.

Die dem Journalisten zur Verfügung stehende Abwehr, die sich sowohl gegen den druckausübenden „Kunden" als auch gegen das druckempfängliche Verlagsunternehmen richten muß, bietet sich einmal in der Solidarität der Kollegen in der führenden Presse und zum anderen in der wachsenden Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Machtträger, daß bei einer überhandnehmenden Beeinflußbarkeit der Presse dieses machtpolitische Instrument abstumpft und diskreditiert wird.

Wie ich sagte, liegt die größte Gefahr im latenten Druck. Der latente Druck besteht darin, daß der verantwortliche Schriftleiter im Interesse der Lebensfähigkeit seines Organs immer wieder erwägen muß, inwieweit er sowohl dem Leser als auch dem Anzeigenkunden als auch den informationsgebenden Institutionen eine freimütige Meinungsäußerung zumuten kann, um ihr Wohlwollen zu erhalten. Hierin liegt die Gefahr einer ganz unfreiwilligen Uniformierung der Presse. Hierbei handelt es sich nicht um Nachrichtenauswahl oder Nachrichtenunterdrükkung, sondern um die Möglichkeit offener Diskussion. Der Leser muß dazu erzogen werden, daß er nicht erwarten darf, beim Studium „seiner" Presse immer nur s e i n e Meinung zu finden. Den behördlichen und wirtschaftlichen Machtträgern muß klar gemacht werden, daß gerade die freie Diskussion verschiedener Auffassungen am besten geeignet ist, der guten Sache zum Siege zu verhelfen. Presse ist stets nur dann frei, wenn ich mich — als Leser, Wirtschaftler oder Politiker — auch manchmal über sie ärgere. (W. D.)

Lohnbewegung – Lebenshaltung – Sozialprodukt

Fortsetzung der Diskussion aus dem Septemberheft

Ein Sozialpolitiker schreibt:

Vermeidung kostspieliger Streiks durch eine gemeinsame Studienkommission der Sozialpartner

Die Lohnkonflikte der letzten Monate mit ihren zum Teil recht kostspieligen Streiks haben die Frage entstehen lassen, wie sich solche materiellen Einbußen künftig am besten vermeiden lassen. Der Vorschlag, eine gemeinsame Studienkommission der Sozialpartner ins Leben zu rufen, die die Grundlagen der Lohnpolitik klären soll, liegt daher sehr nahe, zumal die Gefahr besteht, daß sonst der Staat sich der Schlichtungsfrage annehmen könnte. Dieser Vorschlag, der vom Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände, Dr. Paulsen, ausging, ist vom DGB durchaus positiv aufgenommen worden. Es steht noch dahin, wie sich die einzelnen Industriegewerkschaften dazu stellen werden.

Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat sich auf dem Gewerkschaftstag in Hannover zunächst recht ablehnend geäußert. Wenn er dabei das Wiederaufleben einer „Arbeitsgemeinschaft" oder „Partnerschaft" mit der Unternehmerseite an die Bedingung knüpfte, daß alle großen Forderungen der Gewerkschaften erfüllt würden, so hat er damit allerdings eine merkwürdige Auffassung von Partnerschaft an den Tag gelegt. Schließlich heißt Partnerschaft nicht Diktatur des einen Partners. Berechtigter schien seine Skepsis gegenüber jener Studienkommission für Lohnfragen zu sein, die er auf die Frage zuspitzte: „Soll diese Studienkommission unter Beteiligung der Gewerkschaften auch Einblick bekommen in die Geheimnisse der Gestehungskosten, der Gewinne und der Preise?"

In der Tat genügen für eine richtige Lohnfindung häufig die allgemeinen Daten der Wirtschaftsstatistik nicht. Die Kenntnis von Rentabilitätslage, Kostenstruktur und Rationalisierungsspielraum in den in Frage stehenden Wirtschafts-